

Sozialpolitik und Nachhaltigkeit

Ein trauriges Gespann?

Von Jan Heidergott, Tine Scheffmeier, Katharina Paetz und Uta von Winterfeld

— In welchem Verhältnis stehen Sozialpolitik und Nachhaltigkeit? Wie „zukunfts-fest“ sind soziale Sicherungssysteme, wenn sie mit quantitativ und qualitativ schlechten Sozialleistungen einhergehen? Wie sozial sind nachhaltige Transformationsprozesse, wenn sie auf dem Rücken und auf Kosten der Konsument(innen) und der sozial Benachteiligten ausgetragen werden? Und welche Widersprüche tun sich zwischen Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum oder zwischen Ressourcenschonung und Prosperität auf? (1)

Per Rentenkürzung Arbeitnehmende entlasten

Wie (wenig) sozial Nachhaltigkeitspolitik sein kann, lässt sich am Beispiel des Nachhaltigkeitsfaktors ansehen, den die Rürup-Kommission (2002/03) erarbeitet hat und der seit 2005 in Kraft ist. Der Faktor wurde in die Rentenformel eingebaut, um dem sogenannten demografischen Problem entgegenzuwirken. Die Rürup-Kommission argumentierte auf Grundlage der demografischen Entwicklung und der damit prognostizierten verringerten Erwerbsbevölkerung, die Beiträge zur Rentenversicherung müssten unter 22 Prozent des Bruttoeinkommens gehalten werden. Dafür sei der Nachhaltigkeitsfaktor ein Mittel, um die Rentner(innen) und – so die Argumentation – nicht nur die

Arbeitnehmer(innen) an den Kosten zu beteiligen. Zuvor war die Rentenentwicklung ausschließlich an die Lohnentwicklung gekoppelt und die Rentner(innen) erhielten bei Lohnsteigerungen auch mehr Rente. Dieser Prämisse lag die Lebensstandartsicherung zu Grunde, die lange Zeit im Vordergrund der Alterssicherung durch die gesetzliche Rentenversicherung stand.

Nun sollte der Nachhaltigkeitsfaktor dafür sorgen, die Arbeitnehmer(innen) zu entlasten, indem weniger vom Bruttolohn in die Rentenversicherung fließt. Damit haben in einem Umlageverfahren die Rentner(innen) weniger in der Tasche. Wegen der günstigen Entwicklungen am Arbeitsmarkt wirkt sich der Nachhaltigkeitsfaktor positiv aus und hat bislang nicht zu Abschlägen für die Rentner(innen) geführt. Längerfristig aber wird sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Beitragszahlenden und Rentner(innen) wegen der erwarteten demografischen Veränderungen verschlechtern: Die Zahl der Rentner(innen) steigt gegenüber der Zahl der Beitragszahlenden. Dann wirkt der Nachhaltigkeitsfaktor negativ und führt zu Kürzungen für die Rentner(innen). Es werden (zukünftig) Kürzungen für Ältere in Kauf genommen, um scheinbar die Jüngeren zu entlasten. Der Name suggeriert ein System, in dem wie bei nachwachsenden Gütern etwas geschont wird, das dann den Jüngeren zur

Verfügung steht – das ist allerdings in einem Umlagesystem nicht der Fall.

Kosten der Energiewende ungerecht verteilt

Wenige Transformationsprojekte wurden von der Gesellschaft so einstimmig gefordert wie die Energiewende: Die Umfragewerte zu erneuerbaren Energien lagen in den Jahren 2010 und 2011 bei 95 respektive 94 Prozent. Im Gegensatz zu der deutschen Regierung brauchte die Bevölkerung nicht erst ein Fukushima, um den Wechsel hin zu den Erneuerbaren gutzuheißen. Inzwischen ist die Zustimmung zur Energiewende im Vergleich zu den vorigen Jahren gesunken. (2) Warum? Sind die Kosten, die durch die Energiewende entstehen, zu hoch?

Laut der Studie „Was Strom wirklich kostet“ des Forum Ökologisch-soziale Marktwirtschaft (FÖS) sind die Kosten für erneuerbare Energien nicht höher als für konventionelle. (3) Nur fallen die Strompreise für Atom- und Kohleenergie weniger hoch aus, da Subventionen und Spätkosten, die die Gesellschaft trägt, nicht direkt mit dem Strompreis in Verbindung gebracht werden. Die Frage muss also nicht lauten, ob die Kosten zu hoch sind, sondern: Wie sieht eine gerechte Verteilung aus?

Im Jahr 2013 werden die jährlichen Stromkosten für einen durchschnittlichen Privathaushalt um etwa 60 Euro steigen, während die Industrie weiterhin entlastet wird. Privilegierte Unternehmen zahlen nur ein Prozent der Kosten, wohingegen sie 16 Prozent des Nettoenergieverbrauchs verantworten. Diese Diskrepanz zwischen hohem Verbrauch und geringer Kostenbeteiligung provoziert Widerstand. Die sinkende Zustim-

mung zur Energiewende zeigt: Die positive Einstellung ist gefährlich fragil. Nur wenn die Kosten der Energiewende gerecht verteilt werden, lässt sich langfristig die gesamtgesellschaftliche Zustimmung sichern. Und diese ist notwendig, denn die Energiewende ist ein Mammutprojekt, das nicht von oben verordnet werden kann, sondern für das die Unterstützung vieler notwendig ist.

Wenn jedoch die Debatten nur polemisch und auf Kosten fixiert geführt werden, gerät schnell in Vergessenheit, dass die Entscheidung pro Umwelt getroffen wurde. Es muss wieder in den Fokus geraten, worum es bei der Energiewende geht: um die Verabschiedung von Atomstrom und eine nachhaltige Energieversorgung. Und es müssen prioritär gerechte Programme für die Umsetzung erarbeitet werden, damit die Transformation zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft gelingen kann.

Die Illusion vom nachhaltigen Wachstum

Im Zuge der gegenwärtigen Debatten um Klimaerwärmung, Ressourcenknappheit und steigende Energiekosten ist der Begriff des „grünen“ oder „nachhaltigen“ Wachstums aufgekommen. Die Idee eines „nachhaltigen Wachstums“ suggeriert den Konsument(inn)en und Verbraucher(inne)n, dass sich Wachstum von Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung entkoppeln lässt und wir daher so weiterleben und konsumieren könnten wie bisher – nur eben mithilfe anderer Mittel wie beispielsweise erneuerbarer Energien, Energiesparlampen oder Biolebensmitteln. Mal angenommen, dass „nachhaltiges Wachstum“, ob quantitativ oder qualitativ, tatsächlich mehr materiellen Wohlstand

für alle bedeutet – ist es legitim, von ökologischer Nachhaltigkeit zu sprechen, oder schließen sich diese beiden Variablen nicht gegenseitig aus?

Wachstum meint schließlich immer ein Mehr von irgendetwas. Auch das, was im Sinne eines quantitativen Wachstums, zum Beispiel durch Effizienzeinsparungen oder Investitionen in Bildung und Gesundheit, erreicht werden kann, hat immer zur Folge, dass wieder zusätzliche Mittel für neue Investitionen zur Verfügung stehen und mehr Ressourcenbedarf, Verbrauch, Konsum und Umweltbelastung mit sich bringen. Das Gleiche gilt für neue Jobs, die durch „grünes“ Wachstum entstehen: Sie schaffen zusätzliche Einkommen, die wiederum zu zusätzlichen Konsumausgaben führen. Wer es also wirklich ernst meint mit der Sorge um die natürlichen Lebensgrundlagen, die uns unsere Erde zur Verfügung stellt, sollte sich bewusst machen, dass in den wesentlichen Ursachen der ökologischen Krisen auch die einzige Lösung liegt: die Abkehr vom Wachstum und der Wandel unserer modernen Lebensstile.

Schlussendlich können nur unsere persönlichen Lebensstile, durch Verzicht respektive Reduktion von Konsum im Hinblick auf materielle Bedürfnisse, tatsächlich nachhaltig sein, also Umwelt und Ressourcen schonen. Natürlich gehen damit auch Fragen zu sozialen Umverteilungsaspekten einher. Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung in Verbindung mit Wachstum ist und bleibt jedoch eine Illusion.

Macht Ressourcenschonung arm?

Weshalb fällt die Abkehr von Wachstum und der Wandel von ressourcenintensiven hin zu nachhaltigen Lebensstilen uns selbst

und den modernen Gesellschaften so schwer? Wenn ökologisches Handeln, wenn individuell ressourcenschonendes Verhalten in einer an anderen Prämissen ausgerichteten Gesellschaft stattfindet, gerät es zur „Kunst des richtigen Verhaltens in falschen Strukturen“. Sind diese Strukturen wachstumsgeprägt, wird sparsames Verhalten sinnlos.

Hieran anknüpfend seien drei Gründe angeführt, weshalb Ressourcenschonung im vorherrschenden gesellschaftlichen Entwicklungstrend unattraktiv ist, ja arm machen kann.

□ Für Erwerbsarbeiter(innen) hat sich mit der Agenda 2010 und dem Slogan „Workfare statt Welfare“ der Erwerbsarbeitszwang verschärft. Sozialleistungen wurden gekürzt und Erwerbsarbeit hat sich qualitativ und quantitativ verschlechtert. Zugleich ist sie nach wie vor in ein Produktionssystem eingebettet, das mit wachsender Geschwindigkeit Rohstoffe in Müll verwandelt. Daran ändern Energie- und Ressourceneffizienz wie auch der Wechsel hin zu einer regenerativen Stoffbasis nur graduell und kompensatorisch etwas, nicht jedoch substanziell und präventiv. Dies würde erst dann geschehen, wenn soziale und ökologische Qualitäten von Arbeit im Vordergrund stünden und gesellschaftlich ausgehandelt würden.

□ Die „Abwrackprämie“ hat trefflich illustriert, wie sich mit einer wirtschaftspolitischen Maßnahme für Konsument(innen) der Verschleißzwang verstärkt, ein noch gebrauchsfähiges Gut aus dem Verkehr zu ziehen. Die inhärente Logik – mehr Nachfrage führt zu mehr Gewinnen, führt zu mehr Investitionen, führt zu mehr Arbeitsplätzen, führt zu mehr Nachfrage – gleicht einem

Hamsterrad. Bei ressourcenschonendem Verhalten, bei längerer Nutzungsdauer und längeren Innovationszyklen würde das Hamsterrad nicht mehr rund laufen.

□ Im Norden nimmt für die Bürger(innen) angesichts der Privatisierung öffentlicher Räume und Dienstleistungen der Kommerzialisierungszwang zu. Der konsumfreie Aufenthalt und nicht kommerziell dominiertes Sozialleben im öffentlichen Raum werden zur Rarität. Wer nicht konsumiert, hat nicht teil. Im Süden und vor allem dort, wo die Existenz von Menschen noch von unmittelbarer Arbeit in und mit Natur abhängt, sehen sich Menschen mit dem Verlust der Kontrolle ihrer lokalen Ressourcen konfrontiert. Sie können beispielsweise nur noch eingeschränkt über ihr Wasser für den Nahrungsmittelanbau verfügen, weil es an ihren Feldern vorbei zu den Cash Crops – dort werden für den Export geeignete Feldfrüchte in Monokulturen angebaut – geleitet wird. Daher stehen Ressourcenschonung, Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen und sozialen Existenzen, also sozial-ökolo-

gische Zukünfte noch immer und wieder auf der Agenda. Zukunftsgemäß sind daher soziale Sicherungssysteme, die eine Vielfalt ökologischer Tätigkeiten ermöglichen und absichern. Sozialgemäß sind ökologische Transformationsprozesse dann, wenn Betroffene sie mitgestalten können und die Kosten gerecht verteilt werden. ———

Anmerkungen

(1) Der Artikel ist aus dem Seminar „Sozialpolitik und Nachhaltigkeit“ heraus entstanden, das im Sommersemester 2012 am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin stattgefunden hat. Tine Scheffelfmeier fragt nach der Nachhaltigkeit des Nachhaltigkeitsfaktors und Katharina Paetz spürt den sozialen Verteilungsaspekten der Energiewende nach. Jan Heidergott erörtert Unvereinbarkeiten von Nachhaltigkeit und Wachstum und Uta v. Winterfeld fragt, ob Ressourcenschonung arm macht.

(2) www.igbce.de/themen/energie/13286/xvi-19-12-06-2012-energie-kompass-2012

(3) www.foes.de/publikationen/studien

Zum Autor, zu den Autorinnen

a) Jan Heidergott, geb. 1981, ist Politikstudent (MA) an der Freien Universität (FU) Berlin mit den Schwerpunkten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

b) Tine Scheffelfmeier, geb. 1987, studiert Politikwissenschaften (MA) an der FU Berlin mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik.

c) Katharina Paetz, geb. 1983, studiert Politikwissenschaften (MA) an der FU Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Energiepolitik sowie partizipative Medienformen.

d) Uta von Winterfeld, geb. 1957, ist Politologin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind gesellschaftliche Natur- und Geschlechterverhältnisse sowie Politische Sozial-Ökologie.

Kontakt

PD Dr. Uta von Winterfeld

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
Döppersberg 19

D-42103 Wuppertal

E-Mail uta.winterfeld@wupperinst.org